*** Datum : 05.06.2022	Amtsgericht / Familiengericht Mosbach Hauptstraße 10 74821 Mosbach FAX: +49626187639

6F 9/22 beim AG/FG Mosbach

OFFIZIELLE ANTRÄGE AN DAS AMTSGERICHT MOSBACH :

STRAFANZEIGE GEGEN >> A D O L F H I T L E R <<
WEGEN HOCHVERRATS GEGEN DEUTSCHLAND in 1924 im WIEDERAUFNAHMEVERFAHREN am AG MOS

Verteilerliste :

Gemäß der Absprache in der Gerichtsverhandlung unter 6UF 9/22 vom 25.04.2022 am AG/FG MOS werden zur Einsparung von Kopieraufwand und -kosten nach der einfachen Faxmitteilung an das AG/FG MOS selbst jeweils mindestens weitere vier Kopien der KV-Eingaben postalisch per Einschreiben an das AG/MOS zur jeweiligen Verteilung an die Verfahrensbeteiligten versandt.

Die vier Kopien der jeweiligen Exemplare sind dementsprechend zum Sortiervorgang durchnummeriert von 1 bis 4 in der oberen rechten Ecke.

Kopien an Verfahrensbeteiligte :

- ***

**>>||||||

3) **BEGRÜNDUNG UND GLAUBHAFTMACHUNG:**
   a. **Beispiele frei verfügbarer digitalisierte Akten**
   b. **Beispiele frei verfügbarer Literatur**

4) **VERÖFFENTLICHUNG AUF DEN INTERNET-SEITEN DES AG MOS UND DER STA MOS IN DER RECHTSSACHE „ADOLF HITLER“**

>>||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||<<

1) ZUSTÄNDIGKEIT UND VERANTWORTLICHKEIT DES AG MOS UND DER STA MOS IN DER SACHVERHALTSERMITTLUNG UND SACHVERHALTSAUFKLÄRUNG IN DER RECHTSSACHE ADOLF HITLER

Das Amtsgericht Mosbach und die Staatsanwaltschaft Mosbach können sich im hiermit offiziell beantragten Verfahren vom 05.06.2022 unter 6 F 9/22 gegen Adolf Hitler, gegen den Nationalsozialismus, gegen NS-Unrecht und gegen NS-Verbrechen nicht aus der Verantwortung stehlen und auf eine Argumentation zurück ziehen, dass das AG MOS und die STA MOS als Teil der BRD-Justiz angeblich nicht zuständig und nicht verpflichtet seien zur Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsaufklärung in der Rechtssache „Adolf Hitler.“ Das AG MOS und die STA MOS als Teil der BRD-Justiz sind verantwortlich und eindeutig zuständig in der Rechtsnachfolge zum Deutschen Reich unter dem Nazi-Terrorregime im Rechtsnachfolge-Anschluss zur Weimarer Republik.

Das AG MOS und die STA MOS sind demnach eindeutig rechtlich, sachlich und fachlich zuständig für die hier anhängige Rechtssache „Adolf Hitler“ beim Amtsgericht Mosbach.

Gemäß und analog der Aufhebung des Reichstagsbrandurteils vom 23. Dezember 1933, das dann im Wiederaufnahmeverfahren in 2007 vollständig aufgehoben wurde, wird hiermit der offizielle Antrag an das AG MOS unter 6F 9/22 vom 05.06.2022 zur Eröffnung des Strafverfahrens beim AG MOS und bei der STA MOS gegen „Adolf Hitler“ wegen Hochverrats gegen Deutschland im Wiederaufnahmeverfahren aus 1924 eingereicht.

Das AG MOS und die STA MOS sind demnach eindeutig rechtlich, sachlich und fachlich zuständig für die hier anhängige Rechtssache „Adolf Hitler“ beim Amtsgericht Mosbach.

Nach Ansicht des *** Antragstellers in 6F 9/22 hätte der Nicht-Deutsche Staatsbürger Adolf Hitler im Rahmen des Putsch-Prozesses und Putsch-Urteils in 1924 wegen

Hochverrat gegen die Weimarer Republik und Hochverrat gegen Deutschland aus Deutschland unmittelbar ausgewiesen bzw. vom Zugang zu allen öffentlichen Ämtern in Deutschland ausgeschlossen werden müssen. Das AG MOS ist verpflichtet, diese Sachverhalte sowie die in der Begründung und Glaubhaftmachung angeführten Sachverhalte vollständig zu überprüfen und öffentlich aufzuklären.

„Der Hitler-Ludendorff-Prozess war die strafrechtliche Folge des gescheiterten Hitler-Putsches. Er fand vom 26. Februar bis zum 1. April 1924 vor dem Volksgericht in München statt. Der Prozess, der mit einer unverhältnismäßig milden Verurteilung der meisten Angeklagten endete, geriet aus mehreren Gründen in den Brennpunkt der öffentlichen Kritik.“ Quelle:
https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Hitler-Ludendorff-Prozess,_1924

„Der Strafprozess gegen Adolf Hitler von 1924. Wie eine von Nationalsozialisten untermauerte Justiz ein vergleichbar mildes Urteil fällte und den Weg für einen Schreckensherrschaft eröffnete – ein Rückblick.“ Quelle: JUSTIZKLASSIKER: Der Hitler-Prozess 1924: Ein schicksalsschweres Urteil
https://jurios.de/2022/04/15/der-hitler-prozess-1924-ein-schicksalsschweres-urteil/

„Der viel zu milde Prozess hat eine historische Chance, Hitler völlig aus dem Verkehr zu ziehen, versäumt. Im Übrigen hätte die Ausweisung des österreichischen Staatsbürgers Hitler, die eigentlich dringend vorgeschrieben war, genügt, um für Deutschland künftiges Unheil zu verhindern.“ Reinhard Weber, Historiker, Quelle:
https://www.mdr.de/geschichte/hitler-putsch-prozess-100.html

Das Gericht selbst ist von Amtswegen zur umfassenden Sachverhaltsermittlung und -aufklärung **nach § 26 FamFG, § 27 FamFG, § 44 FamFG, § 138 ZPO** verpflichtet, um möglichst eine Verletzung der Ansprüche auf rechtliches Gehör und faires Verfahren **nach § 10 AEMR, § 6 EMRK, § 103 Abs. 1 GG** sowie auf die Achtung des Familienlebens **nach § 8 EMRK** sowie auf das Recht auf Meinungsfreiheit **§ 19 AEMR, § 11 EMRK, § 5 GG** sowie auf das Recht auf Diskriminierungsverbot **§ 14 EMRK** auszuschließen.

>>||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||<<

2) GERICHTLICH EINZUHOLENDE STELLUNGNAHMEN ALLER VERFAHRENSBETEILIGTEN IN DER RECHTSSACHE „ADOLF HITLER“, INKLUSIVE FACHSTELLEN UNTER 6F 9/22

Dem Amtsgericht Mosbach wird hiermit aufgegeben von allen Verfahrensbeteiligten inklusive der involvierten Fachstellen (JA NOK und Verfahrensbeistandsschaft) offizielle Stellungnahmen in der hier anhängigen Rechtssache „Adolf Hitler“ ordnungsgemäß und vollständig einzuholen. Zu diesen Personen bei der involvierten Fachstelle Jugendamt NOK BCH und MOS zählen sowohl die konkret jeweiligen fallverantwortlichen ASD-Sozialarbeiterinnen,

die in der jeweiligen kollegialen Fachberatung involvierten ASD-Mitarbeiter*innen sowie die jeweilige verantwortliche Sachgebiets- und Amtsleitung.

Dabei hat das AG MOS in seiner Sachverhaltsermittlungs- und Sachverhaltsaufklärungspflicht zu überprüfen :

- ob und wie und warum ggf. sich die relevanten Verfahrensbeteiligten jeweils ihrerseits den hier vorliegend beantragten Verfahren des *** vom 03.06.2022 gegen „Adolf Hitler“ beim AG MOS und bei der STA MOS gegen den Nationalsozialismus, gegen NS-Unrecht und gegen NS-Verbrechen unter 6F 9/22 anschließen ?

- ob und wie und warum und wann ggf. die relevanten Verfahrensbeteiligten eigene Verfahren beim AG MOS und bei der STA MOS gegen Adolf Hitler gegen den Nationalsozialismus, gegen NS-Unrecht und gegen NS-Verbrechen unter 6F 9/22 eröffnen ?

- ob und wie und warum ggf. sich die relevanten Verfahrensbeteiligten jeweils ihrerseits den hier vorliegend beantragten Verfahren des *** vom 03.06.2022 gegen „Adolf Hitler“ nicht anschließen und auch nicht in eigens initiierten Verfahren beim AG MOS gegen „Adolf Hitler“, den Nationalsozialismus, gegen NS-Unrecht und gegen NS-Verbrechen unter 6F 9/22 engagieren wollen, d.h. sich demnach nicht öffentlich nachweisbar vor dem AG MOS und vor der STA MOS zu „Adolf Hitler“, zu Nationalsozialismus, NS-Unrecht und NS-Verbrechen äußern wollen ?

>>||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||||<<

3) Begründung und Glaubhaftmachung :

3a) Beispiele frei verfügbarer digitalisierte Akten

Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6709: Hitlerputsch 1923 (298 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6710: Hitlerputsch 1923 (297 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6711 Hitlerputsch 1923 (Plakate, Bekanntmachungen, Flugblätter) (175 Digitalisate)
taatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6712: Hitlerputsch 1923 (Verhöre von Zeugen und Festgenommenen) (267 Digitalisate) Hier findet sich insbesondere auch ein Digitalisat des Urteils des Volksgerichts München I gegen Josef Berchtold und 39 Genossen wegen Beihilfe zum Hochverrat vom 23. April 1924 (Aufnahmen 254 bis 266)

Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6713: Hitlerputsch 1923 (Verhöre von Zeugen und Festgenommenen) (414 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6714: Prozeß gegen Hitler und Ludendorff 1924 (98 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6715: Hitlerputsch 1923 (405 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6716: Prozeß gegen Adolf Hitler (240 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6717: Prozeß gegen Adolf Hitler (453 Digitalisate) Nr. 6718 Parlamentarischer Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Vorfälle am 1.5.1923 und der Vorgänge von September bis November 1923 (132 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6719: Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtages über die politischen Ereignisse im Jahre 1923 (135 Digitalisate)
Staatsarchiv München: Polizeidirektion München Nr. 6720: Folgen des Hitlerputsches (Untersuchungsausschuss) (22 Digitalisate)

Urteil im Hitler-Prozess
https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/urteil-im-hitler-prozess.html

**>>||||||

**>>||||||